

5. Worum ging es?

Das Settlement war eine globale «Lösung», und eine solche hätte man sich von Anfang an als Ziel vornehmen sollen. Stattdessen suchten die Schweizer nach der «Wahrheit», die sich wie gezeigt aus verschiedenen Gründen nicht objektiv etablieren liess (sofern das überhaupt möglich ist). Und wenn man unter «Wahrheit» nichts anderes versteht als einen vorübergehenden Konsens in öffentlicher Kommunikation, so war die Schweiz vor dem mediatisierten Welttribunal mit ihrer «Wahrheit» offensichtlich unterlegen gegen Antagonisten, die bessere, da für Uneingeweihte weniger komplexe und plausiblere Geschichten erzählt hatten. Um das Geschichtsbild zu verstehen und zu verinnerlichen, das für den Nationalstaat Schweiz lange Zeit identitätsstiftend gewirkt hatte, bedurfte es einer eidgenössischen Sozialisation; und eine solche hatten in der Weltgesellschaft nur noch wenige. So betrachtet handelte es sich bei der Weltkriegsdebatte

um eine Auseinandersetzung zwischen Eliten, die um weltweit gültige Geschichtsbilder und Normen rangen, wobei sie selbst als Rechtsanwälte und Treuhänder, als Journalisten, Politiker oder Wissenschaftler Einfluss und Honorare gewannen, ganz unbesehen der Tatsache, ob sie am 12. August 1998 in Brooklyn auf der Verlierer- oder Siegerseite standen. Für einzelne Protagonisten ging die persönliche Rechnung letztlich nicht einmal auf, so für D'Amato oder Hevesi, doch ärmer wurden auch sie darob nicht.

Ging es also «nur» ums Geld? Das Publikum, gerade in der Schweiz, wurde während der Weltkriegsdebatte mit Zahlen konfrontiert, deren schiere Dimensionen gewöhnungsbedürftig waren: weit über eine halbe Milliarde Franken für den Revisionsprozess, 1,25 Milliarden Dollar für die Globallösung, und das war noch nicht alles. Auch für SBVg-Funktionäre und viele mittlere und kleinere Bankiers in der Schweiz waren das schwindelerregende Sphären. Bei den Grossbanken sah das anders aus: Es waren die Dimensionen, in denen man beim internationalen Geschäft der 1990er Jahre zu rechnen hatte und die in den Jahren 1995 bis 1998 weiter explodierten. Das Publikum nahm diese Entwicklung mit einiger Verspätung gegenüber den Bankiers zur Kenntnis, in Form von Diskussionen über Löhne, Boni und Abgangsentschädigungen. Doch die Schweizer Banken hatten im Gefolge der Immobilienkrise schon zwischen 1991 und 1996 insgesamt gute 42 Milliarden Franken als Verlust auf ihren inländischen Krediten abbuchen müssen, wobei 30 Milliarden Franken allein auf die Grossbanken fielen. Auch die Industrie rechnete in diesen Dimensionen: Hoffmann-La Roche musste für seine Kartellpolitik bei den Vitaminen in den USA Strafzahlungen und Rückstellungen von gegen fünf Milliarden Franken auf sich nehmen, wobei unter anderem Sammelkläger mit 2,4 Milliarden Franken abgefunden wurden – viermal mehr, als die drei Grossbanken je für sich ins Settlement einschliessen mussten. Obwohl die Chemiefirma Roche eine Busse bezahlen musste, die sechsmal höher lag als ihre dank Kartellabsprachen erzielten Gewinne, erregte der Fall in der Schweiz praktisch kein Aufsehen. In noch einmal ganz anderen Dimensionen überwiesen amerikanische Tabakfirmen 1998 205 Milliarden Dollar an 46 Teilstaaten, nur um sich dann im März 2003 mit einer Klage der Landesregierung in der Höhe von 289 Milliarden Dollar konfrontiert zu sehen. Ungefähr gleichzeitig wurde CSFB mit anderen Investmentbanken nach einer Sammelklage von getäuschten Anlegern zu Busszahlungen in der Höhe von 200 Millionen Dollar verurteilt, halb so viel wie der damals so heiss umstrittene Beitrag zum Settlement – ohne dass dies in der Schweizer Öffentlichkeit irgendwelches Aufsehen erregt hätte.⁵⁰⁴

Es war also nicht die Höhe der Globallösung an sich, welche viele Schweizer derart irritierte. Vielmehr war es das Gefühl, dass Kontrahenten, die es vermeintlich nur auf das Geld abgesehen hatten, mit ungerechtfertigten und beleidigenden Unterstellungen die hohe Summe erpresst hatten. Tatsächlich ist es sehr unwahr-

scheinlich, dass die 1,25 Milliarden Dollar des Settlements oder die zur Entschädigung für nachrichtenlose Vermögen ausgesonderten 800 Millionen Dollar trotz grosszügigen Zinsberechnungen auch nur annähernd für (Erb-)Berechtigte aufgebraucht werden können. Andererseits ist aber festzuhalten, dass über die Richtlinien, den Ombudsmann, die Listenpublikationen und den Revisionsprozess durchaus nachrichtenlose Konten in beachtlicher Höhe entdeckt wurden und davon auch einige Dutzend Millionen Franken an Holocaust-Opfer fielen – keine Bagatellsumme in einer Branche, die noch 1995 den Gedanken empört von sich wies, dass dieses Problem noch hängig sein könnte. Für nichtschweizerische Ohren klingt auch die oft wiederholte Beteuerung merkwürdig, dass kein Franken bei den Banken verbleiben solle, der nicht ihnen gehöre. Weshalb hatte man diesem – selbstverständlichen – Prinzip nicht schon früher und von sich aus nachgelebt? Und wie stand und steht es diesbezüglich mit all den Konten, die *nach* 1945 nachrichtlos geworden waren? Die historische Problematik der Holocaust-Gelder ergab sich aus einem Missstand, der grundsätzlichen Handlungsbedarf hätte wecken sollen. Doch nach dem Settlement schob man die entsprechende Gesetzgebung wieder auf die lange Bank, obwohl beziehungsweise weil bei Schweizer Banken Milliarden von nachrichtlosen Vermögen aus der Nachkriegszeit liegen dürften, wenn es nach den bankinternen Berechnungen schon für die Zeit bis 1945 solche in der Höhe von rund 100 Millionen Franken gewesen sind – als die Schweiz noch kein privilegierter Finanzplatz gewesen war, der in 50 Jahren Wirtschaftswunder unter anderem Gelder aus Steuerflucht und kriminellen Handlungen in unschätzbarem Umfang anzog, bei denen das Risiko der Nachrichtenlosigkeit überdurchschnittlich war.

Dass diese Situation entstand, war nicht das Ziel der schweizerischen Bankengesetzgebung oder Geschäftspraxis; aber sie wurde in Kauf genommen, und zumindest die grossen nachrichtlosen Vermögen waren manchenorts wohl durchaus willkommen. Vor diesem Hintergrund hörten sich nach 1995 die späten Versicherungen des guten Willens bei den Holocaust-Geldern für weniger wohlwollende Aussenstehende wie die Grosszügigkeit eines ertappten, aber uneinsichtigen Diebes an, der verkündete: Selbstverständlich gebe ich alles zurück, was ich an mich genommen habe, aber das heisst noch lange nicht, dass man mich für meine Tat bestrafen und davon abhalten darf, weiter so zu handeln wie bisher. Ähnlich zwiespältig, wie ein Hehler im Notstand, klang die Apologie der Nationalbank: Wir wussten zwar, dass wir Raubgold entgegennahmen, aber es war für das Überleben des Landes notwendig. Wäre dem so gewesen, dann hätte man 1945, nach überstandener Bedrohung, die Hehlerware den rechtmässigen Besitzern zurückgeben können. Schliesslich war es auch nicht vornehm, wenn der Schweizer Staat die sonst so hochgehaltenen Eigentumsrechte von ermordeten Bankkunden oder ihren Erben in den Verrechnungsabkommen mit

Oststaaten missachtete, um Ansprüche von enteigneten Schweizer Bürgern zu entschädigen – also eine innenpolitische «pressure-group» zu Lasten von ausländischen Eigentumsansprüchen zu besänftigen, sofern diese nicht mehr geltend gemacht wurden. Ebenso heikel war die Bereitwilligkeit, mit der einzelne Banken in den Vorkriegsjahren die Guthaben jüdischer Kunden aufgrund erzwungener Auslieferungsbegehren den deutschen Behörden aushändigten. Nach 1945 hielten die Institute bei Klagen daran fest, recht gehandelt zu haben, und standen den Geschädigten nicht einmal dabei bei, Restitutionsforderungen gegenüber Deutschland vorzubringen. Dies war um so fragwürdiger, als es auch Beispiele gab, dass andere Banken sensibel mit diesen Problemen umgingen.

Die Schweiz hatte also durchaus ihre Verfehlungen im Finanzsektor, die nur zu einem sehr kleinen Teil mit dem Druck aus Nazideutschland zu tun hatten. Dafür war eine kollektive Busse angebracht, «a punitive damage»; und zwar eine Busse, die noch gar nichts mit dem traurigsten Kapitel ihrer Weltkriegsgeschichte zu tun hatte, der Flüchtlingspolitik. Diese Busse nahmen die Geschäftsbanken auf sich, obwohl die Nationalbank und der Bund nicht nur ihrerseits historische Schuld auf sich geladen hatten, sondern auf der symbolischen und realen Ebene einiges dazu beigetragen hatten, dass das Settlement, erst recht unter Einschluss der Volcker-Revision, eine auch finanziell spürbare Dimension erlangte: Ohne Raubgold, Polen-Abkommen, die Fälle Delamuraz und Jagmetti sowie die Solidaritäts-Stiftung wäre die Rechnung für die Banken kaum so hoch ausgefallen. Stattdessen rühmte sich Cotti später sogar dafür, dass der schweizerische Staat ohne «facilitator» finanziell besser gefahren sei als der deutsche mit dem Vermittler Graf Lambsdorff: Dieser habe die Hälfte des deutschen zehn Milliarden-Pakets übernommen oder sogar drei Viertel, wenn man den Steuerausfall bei der privatwirtschaftlichen Hälfte dazu rechne. Ob die Rechnung tatsächlich aufgeht, ist eine andere Frage, zumal sich die Barbarei der Sklavenarbeit und die vermögensrechtliche Problematik der nachrichtenlosen Vermögen nicht auf derselben Ebene befinden, weder quantitativ noch qualitativ. Die Schweizer Banken beziehungsweise deren Aktionäre, die ohne den Rückhalt einer Regierung verhandeln mussten, zahlten jedenfalls viermal (CS) oder gar achtmal (UBS) mehr ans Settlement als die führenden deutschen Multinationalen im Schnitt an die Stiftungsinitiative, die mit aktiver Regierungsbeteiligung ausgehandelt wurde.

Doch das Problem lag nicht darin, dass die schweizerischen Banken im internationalen Vergleich – erst recht wenn man weitere Länder wie Österreich oder Frankreich, die iberischen, skandinavischen oder Benelux-Länder heranzieht – sehr stark zur Kasse gebeten wurden, sondern dass sich der Bund ganz aus der Affäre zog. Das heisst nicht nur, dass er die Zeche – abgesehen vom Steuerausfall – exklusiv durch die Privatwirtschaft bezahlen liess, obwohl er aus den eben erwähnten historischen und aktuellen Gründen durchaus Anlass dazu

gehabt hätte, einen grösseren Beitrag zu leisten. Ein solcher wäre innenpolitisch 1998 tatsächlich nicht durchzusetzen gewesen. Schon die Auseinandersetzung darüber wäre sehr hässlich verlaufen und manchenorts von unverhohlenem Antisemitismus geprägt gewesen – wobei die lange Indifferenz der Regierung auch wesentlich dazu beigetragen hatte, dass das Thema zuletzt einerseits so heftig und andererseits mit so hohem finanziellen Einsatz umkämpft war und der Handlungsspielraum immer enger wurde. Seit dem Besuch der WJRO-Delegation bei Villiger war der Bundesrat über diese Problematik orientiert, und seitdem versuchte die Landesregierung, diese von sich fernzuhalten. Dass sie keine Steuergelder einbringen wollte, um den Souverän in – wie immer – finanziell schwierigeren Zeiten nicht vor den Kopf zu stossen, ist in der Logik von Politikern nachvollziehbar. Dass sie sich aber aus dieser Angst heraus auch weigerte, ihrem Sachwalter – dem Leiter der Task-Force oder einem anderen, eigens einzusetzenden Unterhändler – ein Verhandlungsmandat auszustellen, manifestierte doppelte Schwäche: zum einen die Unfähigkeit, schweizerischen Unternehmen im Ausland mit mehr beizustehen als mit hilflosen Appellen an die Administration Clinton, dass Sanktionen kontraproduktiv seien; und zum anderen die fehlende Bereitschaft, in der Schweiz die anderen aus historischen Gründen oder wegen ihres Amerikaengagements betroffenen Branchen und Firmen – wozu sicher auch die SNB gehört hätte – auf eine Lösungsprozedur zu verpflichten.

Graf Lambsdorff und die deutsche Stiftungsinitiative verwendeten ja gerade darauf grösste Energie, die keineswegs zahlungsfreudige deutsche Wirtschaft für eine bilaterale staatsrechtliche Lösung zu gewinnen. Damit übernahm die deutsche Regierung direkt und indirekt Verantwortung für die nationale Vergangenheit. Das geschah nicht zum ersten Mal, und selbstverständlich nur allzu gerechtfertigt, obwohl sich die Bundesrepublik – wie weiland die DDR oder *mutatis mutandis* Frankreich – ebenfalls auf den rechtlich, wenn auch nicht moralisch vertretbaren Standpunkt hätte stellen können, dass sie nicht in einer Kontinuität zum Dritten Reich stehe. In der Schweiz war die Situation eine andere: Gerade weil dort die staatliche Kontinuität ungebrochen herrschte, war es für den Bundesrat so schwer, sich unumwunden von den politisch und wirtschaftlich Verantwortlichen der NS-Jahre zu distanzieren. Der Bundesrat verweigerte sich letztlich der revidierten, über die nationale Nabelschau hinausreichenden Erinnerung, für welche der Bergier-Bericht eine Diskussionsgrundlage lieferte. Weder ablehnend oder kritisch noch zustimmend setzte sich der schweizerische Staat mit den Studien auseinander, die er einst als Entscheidungsgrundlage bestellt hatte, ob er aufgrund historischer Verfehlungen eine finanzielle Entschädigung (oder vielleicht auch «nur» eine Geste der Entschuldigung) leisten sollte. Der Bundesrat verweigerte sich einer revidierten Erinnerung, um den fiskalischen und mentalen Bundeshaushalt nicht zusätzlich zu belasten.

Damit folgte die Regierung zumindest implizit der Sichtweise, die in der Weltkriegsdebatte eine Frage der nationalen Ehre sah, was der Privatbankier Rossier im Frühjahr 1998 unmissverständlich formulierte: «In dieser Konfrontation, in welcher es um unsere Ehre geht, hege ich die Hoffnung, dass unsere Regierung weiterhin unsere Vergangenheit aufklärt, sich aber zugleich mit Festigkeit gegen jede Forderung nach einer ungerechtfertigten globalen Lösung wehrt.» Georg Kraye brachte 1998 in bezug auf die Banken die ähnliche Sorge um die Reputation mit einem Zitat aus Shakespeares *Othello* zum Ausdruck: «Wer meinen Beutel stiehlt, nimmt Tand: 's ist etwas und nichts; mein war es und ist das seine nun, und ist der Sklav' von Tausenden gewesen. Doch wer den guten Namen mir entwendet, der raubt mir das, was ihn nicht reicher macht, mich aber bettelarm.» «But he that filches from me my good name ... makes me poor indeed» – damit traf Kraye sehr gut die psychische Verfassung nicht nur einer Branche, sondern eines ganzen Landes. Das schöne Zitat stammte aber von einem eher zwielichtigen Gewährsmann, nämlich Jago, der Othello mit solch hinterhältigen Worten dazu brachte, seine unschuldige Desdemona zu erdolchen. Sollte die Schweiz ihre – vielleicht nicht ganz so unschuldigen – Banken ermorden oder ermorden lassen, um ihre Ehre zu retten?⁵⁰⁵

Dass man dies 1998 bis in die Task-Force hinein erwog, also manchenorts bereit war, einen Bankenboykott mit dem Verzicht auf kalifornische Büchsen-spargel zu beantworten und den Konflikt durchzustehen, nötigt durchaus eine gewisse Bewunderung ab. Nicht nur breite Bevölkerungskreise, auch manche Bankenvertreter selbst argumentierten in dieser Situation nicht so, wie man es Letzteren stets unterstellte, nämlich nüchtern ökonomisch, sondern patriotisch und damit wertorientiert: Unsere Ehre ist uns mehr wert als das Amerikageschäft der Grossbanken. Die Sprache der Ehre trat an die Stelle des eigenen Interesses, und die Rationalität der ökonomischen und juristischen Systemlogiken (die sich mit dem «Deal» prinzipiell abfinden konnten) drohten, dem Diktat einer – partikularen, nationalen – Moral zu unterliegen, zumal die Politik, die auf Wählerstimmen hört, sich ihr fast widerstandslos unterwarf. Der Rekurs auf die Ehre war insofern besonders symptomatisch für die schweizerische Wahrnehmung, als sie die Grundlage für prä-staatliche soziale Ordnungssysteme darstellt, in einer gesetzlosen, feudalen Welt, wo jeder sein Recht aus eigener Kraft wahren muss. Adlige im Mittelalter oder Cowboys im Wilden Westen schlugen sich um die Ehre, Bürgerliche im Nationalstaat nicht. Ein staatliches Gewaltmonopol verbietet nicht nur «Ehrenhändler», es macht sie auch überflüssig, da es Ehrverletzungen auf anderem, gerichtlichen Weg beizulegen versteht. In der Staatenordnung der 1990er Jahre gab es kein supranationales Gewaltmonopol; und doch war sie nicht länger, wie der aussenpolitische «Realismus» der Schweiz vermeinte, eine mittelalterliche Konkurrenz vieler Potentaten unterschiedlicher Macht

und Grösse, wo ein jeder den anderen als *homo homini lupus* belauerte und stets bereit war, sich im Namen der Ehre zu bekriegen – oder dafür die Verlobte umzubringen. Die postmoderne Staatenordnung beruhte nicht länger auf mittelalterlichen Wertvorstellungen, sondern – um in der historischen Analogie zu verbleiben – auf frühneuzeitlichen, frühbürgerlichen. Es war eine Epoche, in der – wie auf nationaler Ebene in den frühneuzeitlichen Staaten – auf internationaler Ebene verbindliche Rechtsnormen für das Zusammenleben in einem – globalen – Solidarverband gesucht und formuliert wurden, wo aber auch der entsprechende institutionelle Rahmen Formen fand: internationale Gerichtshöfe, UNO-Truppeneinsätze, humanitäre Interventionen.

Es war aber auch eine Epoche, in der die zuvor dominierenden Akteure – Schwertadel im Mittelalter, nationalstaatliche Souveräne in der Neuzeit – Konkurrenz erhielten durch neue Gruppierungen mit anders gearteter Legitimität: Was um 1500 dem blaublütigen Ritter in seiner dynastischen Logik die bürgerliche Konkurrenz von Händlern und Gebildeten war, nämlich ein Greuel, das stellten in der staatsrechtlichen Logik der Moderne die nichtgouvernementalen Organisationen und Teilbehörden eines anderen Landes für den souveränen, demokratisch legitimierten Staat dar. Entsprechend unbeholfen ging gerade der Bundesrat mit dieser Problematik um, die im vertrauten diplomatischen Protokoll unter souveränen Staaten nicht vorgesehen war: Sollte ein schweizerischer Minister einen ausländischen Beamten wie Eizenstat oder Hevesi überhaupt empfangen, und auf welchem Territorium hatte ein Treffen zwischen dem Aussenminister und dem Präsidenten des WJC zu erfolgen – im schweizerischen Generalkonsulat oder im *Seagram Building*? Noch viel weniger als andere Staaten wusste die Schweiz bei der postmodernen Suche nach einem Ersatz für das westfälische Staatensystem, wie sie mit der Tatsache umgehen sollte, dass als globale Akteure künftig halbautonome Behörden, Regionen oder Teilstaaten, multinationale Unternehmen, internationale Berufs- und Interessenverbände, Bürgerinitiativen und Aktivistengruppen, religiöse und ethnische Zusammenschlüsse neben den Landesregierungen mitwirken würden: Das Monopol des souveränen Nationalstaats auf die Aussenpolitik ist gebrochen, weil er nicht mehr allein oder in Allianzen mit anderen Staaten die vielfältigen Herausforderungen der Weltgesellschaft bewältigen kann. Analog ist im internationalen Recht nicht mehr länger der Staat das alleinige Rechtssubjekt. Private Institutionen, ja Individuen können offensichtlich auch ohne den diplomatischen Rückhalt ihrer nationalen Behörden mit wachsender Aussicht auf Erfolg Klagen erheben gegen Regierungen, Institutionen oder Individuen in anderen Ländern. Wenn im konkreten Fall als wichtigster Faktor mit WJRO und WJC internationale jüdische Organisationen auftraten, so hatte das nichts mit einer Verschwörung zu tun. Aber es war ein Zeichen dafür, dass die von der Entwicklung geforderte transnationale Ver-

netzung von Eliten für Juden aufgrund ihrer gemeinsamen Kultur und Geschichtsbilder einfacher und natürlicher war als für andere Gruppen: Im Nationalstaat waren die Juden eine stets der Illoyalität verdächtige Minderheit gewesen; in der postmodernen Weltgesellschaft waren sie prädestiniert als Mittler vor allem zwischen den Industrienationen, die sich im Kalten Krieg in gegnerischen Blöcken entfremdet worden waren.

Vermitteln musste man nach 1989 keine pfannenfertigen Rezepte, sondern unterschiedliche Erfahrungen, Erinnerungen und Befindlichkeiten, auf deren Grundlage kollektive interkulturelle Lernprozesse möglich wurden. In der Weltkriegsdebatte waren das Lektionen nicht nur für Europäer, sondern gerade auch für das «leadership» der USA: Wie weit erstreckten sich die Kompetenzen der amerikanischen Richter? In welcher Form waren nationale Regierungen in Verhandlungen einzubeziehen? Nach welchen Kriterien waren internationale Gremien zusammenzusetzen? Wie waren Regeln für Schiedsgerichte oder Stiftungen abzufassen, die historische Abklärungen über Eigentumsrechte vornahmen? Und vor allem: Wie und aufgrund welcher Kriterien verteilt man bald 60 Jahre nach Kriegsende Gelder an – welche – Berechtigte? Das waren Probleme, bei denen die Amerikaner nicht einfach aus moralischem Sendungsbewusstsein das Ruder an sich rissen (was es auch gab), sondern sich in der Pflicht sahen, prinzipielle Lösungen zu entwickeln, dabei aber durchaus auf die Hilfe zumindest der Europäer und Israeli zählten. Das zeigt der Blick auf die zahlreichen, unvermeidlichen Irrwege der verschiedenen ab 1996 eingerichteten Holocaust-Institutionen, die stets vor neuen Problemen standen, wenn sie diejenigen ihrer Vorgänger vermeiden wollten. Und nicht zuletzt erklärt dies die zahlreichen Verzögerungen und Verspätungen, die für die Betroffenen und insbesondere für die oft angeführten Holocaust-Überlebenden empörend waren: Ihr Schicksal und ihre letzten Lebensjahre waren so betrachtet kaum mehr als der Stoff für Pionierarbeit, die im besten Fall der Zukunft dienen konnte.

Weil diese Lernprozesse mentalitäts- und kulturübergreifend erfolgen mussten, brachte die Weltkriegsdebatte – ein Zeichen globaler Elitenvernetzung – zahlreiche internationale Kommissionen hervor, in denen Amerikaner wie Volcker, Eagleburger oder Singer wohl zentrale Funktionen innehatten; doch sie befanden sich in der spannungsreichen, multilateralen, polyglotten Gesellschaft von Bürgern anderer Länder. Lösungen wurden nicht diktiert, so sehr auch der Holocaust als argumentative «Keule» dienen konnte; sondern kontrovers unter verschiedenen Partnern ausgehandelt, und das dauerte und dauert oft sehr lang. Vermutlich ist der Lernprozess gerade auf Seiten der Amerikaner in der Hinsicht noch nicht abgeschlossen, dass sie in ihrem Stolz auf das eigene Rechtssystem und den «rule of law» den Gegenstand der Auseinandersetzung noch viel zu stark als justiziabel ansehen. Dieses Rechtssystem wies zwar formale Auswege

aus Sackgassen der Verhandlungen; doch für die Verteilung von Geldern braucht es die pragmatische Einsicht, dass es im Zeichen des Holocaust letztlich weniger um individuelle Rechtsansprüche geht als um pauschale Entschädigungen, die Kulturkonflikte, Konflikte der kollektiven Erinnerungen aufheben und symbolische Grundlagen liefern für geteilte Werte und gegenseitiges Vertrauen. Diese konfliktträchtigen, ja vom Konflikt getragenen Annäherungs- und Lernprozesse brachten internationale Eliten sich näher: Bankdirektoren besuchten keine 80jährigen Holocaust-Überlebenden in deren Brooklyner Zweizimmerwohnungen, sondern lernten ausländische Revisoren, Regierungsvertreter und NGO-Generalsekretäre in Nobelhotels kennen; und darob entfremdeten sie sich den zurückgestutzten nationalen Eliten in Wirtschaft und Politik. Insofern ist es vielleicht ein moralisches Ärgernis, aber nicht überraschend, dass der finanzielle Pro-Kopf-Ertrag der Weltkriegsdebatte nur in einem eher symbolischen Umfang an die NS-Opfer ging und stattdessen in Form von standesgemässen Honoraren und Löhnen bei den internationalen und interkulturellen «Go-Betweens» landete: Revisoren, Rechtsanwälten, Schiedsrichtern, PR-Beratern, EDV-Spezialisten, Wissenschaftern, (Ex-)Diplomaten. Ihre Arbeit schuf die Grundlagen, auf denen man handelseinig werden konnte.⁵⁰⁶

Solches Aushandeln ist in der Schweiz nicht unbekannt, wo Konflikte jeder Art politisch gelöst werden, letztlich durch – wiederholte – Volksabstimmungen. Anders als in Amerika steht das Rechtswesen als apolitische Säule neben, ja tendenziell unter dem politischen Entscheidungsprozess: Was «recht» ist, wer zum Beispiel das Bürgerrecht erhält, soll nach herkömmlicher Ansicht die Gemeinschaft direktdemokratisch entscheiden und nicht der Juristenstand auf dem Rechtsweg. In einer Weltgesellschaft hingegen folgte die politische Kommunikation darüber, was das eigene und das andere, was (Mit-)Bürger und was Fremde waren und mit welchen Prozeduren sich das bestimmen liess, anderen Regeln als in Nationalgesellschaften. Der Verdacht gegen die Schweiz und ihre Banken lautete, dass sie Ausländer und namentlich Juden schlechter behandelt hatten als Einheimische, wenn sie ihnen als Flüchtlinge oder als Kunden begegneten (Bradfields «conspiracy»). Zumindest bei Flüchtlingen war das nach den nationalstaatlichen Vorstellungen von Bürgerrecht legitim, in den globalen Kategorien von unveräusserlichen Menschenrechten dagegen weniger. Die universalistische Sprache und ihre Ansprüche begegnete den Schweizern in einer durchaus partikularistischen Form, nämlich als Übergreifen von ausländischen Rechtsinstanzen auf die eigene, bislang durch ihre Souveränität geschützte Heimat. Solch «juristischer Imperialismus» war aber nicht bloss ein Markenzeichen des amerikanischen Hegemon, der sich ja seinerseits äusserst widerborstig zeigte, wenn er selbst, wie beim internationalen Strafgerichtshof in Den Haag, von fremder Jurisdiktion betroffen zu sein drohte. Vielmehr hatten die Bemühungen um

grenzüberschreitende Gesetzgebung und Rechtsprechung in Menschenrechtsfragen ihre aufsehenerregenden Parallelen etwa in Spanien oder Belgien, wie der chilenische General Pinochet oder der israelische Ministerpräsident Sharon mit einiger Perplexität erfahren mussten.

Ebenso perplex reagierten die Schweizer, als sie mit einem amerikanischen Rechtssystem konfrontiert wurden, das sich zusehends auch mit universellem Geltungsanspruch als dynamisches Element gesellschaftlicher Anpassung und Veränderung verstand – interessanterweise in diesem konkreten Fall gerade durch die Passivität des «kormanizing». Richter und Anwälte in den USA begegneten der Schweiz und allgemein den Europäern mit dem unverhohlenen Gefühl, dass ihre eigene Rechtsordnung historische Ungerechtigkeiten viel besser zu bewältigen vermöge. Der amerikanische Richter schafft laufend und rasch neues Recht, das auch für Politiker wegweisend wird; der schweizerische Richter dagegen rekurriert auf altes Recht, das ihm die Politik nach langer Entscheidungsfindung vorgegeben hat. Die schweizerische Rechtsordnung trägt ihrem ganzen Wesen nach wenig dazu bei, die gesellschaftliche Dynamik zu kanalisieren, sondern konserviert die Statik in einer an sich durchaus dynamischen Gesellschaft. Wie die Richter, so interpretieren in den USA auch die Inhaber höherer Verwaltungsposten – etwa der Finanzbehörden – ihr Amt aktiv, zumal wenn ihre Entscheidungskompetenz und -freude durch Volkswahl legitimiert ist und darin Wiederbestätigung finden muss. In der Schweiz dagegen, bei zumeist ernannten höheren Funktionsträgern, herrscht ein durch direktdemokratische und föderalistische Kontrollmechanismen noch verstärktes Berufsverständnis von apolitischen Beamten, die politische Entscheidungen umzusetzen, aber nicht zu forcieren haben.

Eine vergleichsweise schwache Politisierung von Rechtsprechung und Verwaltung kann durchaus auch politische Konsequenzen haben, gerade durch ein beschränktes Sensorium für die politische Bedingtheit der eigenen Funktionsweise. Wenig Bedarf, von den relativ sehr glücklichen schweizerischen Verhältnissen zu abstrahieren und (historisches) Unrecht zu korrigieren, verriet sich etwa in der Grosszügigkeit des Gesetzgebers und erst recht der Richter, wenn es darum ging, die Gutgläubigkeit (von Schweizern) zu bejahen, die Wertgegenstände dubioser Herkunft erworben hatten. Diese Statik zeigte sich aber auch darin, dass in den wenigen konkreten Fällen, in denen die schweizerischen Gerichte während der Weltkriegsdebatte überhaupt involviert wurden (Meili vs. Studer, Holzach vs. Kramer, Sonabend/Spring vs. Bundesrat), tatsächlich die Angehörigen der Schweizer Elite die Oberhand behielten. Dies war kein Indiz für Korruption oder Verfälschung, sondern hing damit zusammen, dass diese Exponenten ja gerade deshalb – und oft über die Rechtsabteilungen der Banken – zur schweizerischen Elite aufgestiegen waren, weil sie die nationale Rechtsordnung, ihre Möglichkeiten und ihre Grenzen internalisiert hatten und sich ihrer auch zu

bedienen wussten. Dieses im Vaterland erworbene Wissen führte vor allem bei den anfangs zuständigen Bankexponenten zu einer fatalen Überschätzung der eigenen Position in einem Konflikt, in dem nicht das Bundesgericht die letzte Instanz war. Nach 1989 war nämlich soziales Wissen gefragt, das auch für Menschen mit anderen Erfahrungswelten plausibel erschien – und das seinerseits deren Schicksal nachzuvollziehen erlaubte.

Wenn gerade die Rechtsabteilungen der Banken die Situation und ihr Gefahrenpotenzial falsch einschätzten, so war das nicht verwunderlich: Die gegen die Banken vorgebrachten Klagen waren «cases with shaky legal grounds», wie Eizenstat selbst festhielt: «But the applicable lesson from our work is that they will ultimately be decided in the court of public opinion more than in the court of law.» Tatsächlich war ja zuletzt das amerikanische Gericht nicht der Ort, wo ein Urteil gefällt wurde, sondern der Rahmen, in dem sich eine aussergerichtliche Lösung formulieren liess, die alle Akteure berücksichtigte und band und damit den Rechtsfrieden wieder herstellte. Die Banken hatten wohl letztlich ebenso wenig gegen amerikanische Gesetze verstossen wie gegen schweizerische, doch die Entscheidung darüber wurde nie gefällt, und Korman wollte sie auch nie fällen. Er arbeitete, ebenso wie Eizenstat, auf ein Settlement hin; nicht nur, weil dies in den USA das übliche Ergebnis von Sammelklagen darstellt, sondern weil sie es als die richtige Lösung für die Auseinandersetzung ansahen – unbedenken der Frage, ob der Sachverhalt letztlich gerichtsrelevant gewesen wäre. Es wäre verhängnisvoll gewesen, wenn die Banken in einem Prozess mangels Beweisen freigesprochen worden wären – was auch in den USA durchaus denkbar, allerdings bei Berücksichtigung von Kormans späteren Stellungnahmen nicht unbedingt wahrscheinlich gewesen wäre. Ein Schlussstrich wäre ein solches Verfahren, mit emotionalen Auftritten von Holocaust-Überlebenden und mit Medienberichten über arrogante Bankiers und antisemitische Eidgenossen, auf jeden Fall nicht gewesen. Die Schweizer hatten, das war erwiesen, gegen amerikanische moralische Regeln verstossen: moralische Normen im Umgang mit dem Holocaust, mit amerikanischen Bürgern beziehungsweise Wählern, mit «whistleblowers». Das ist nicht *a priori* eine höhere Moral als etwa die schweizerische. Aber es ist eben die in Amerika gültige, die zudem – im Unterschied zur rein partikular schweizerischen und mit mehr Berechtigung, wenn auch oft wenig selbstkritisch – den Anspruch auf universelle Gültigkeit erhebt.

Die Ausrichtung auf einen solchen informellen Moralkodex ist, über die Befolgung der positiven Gesetze hinaus, überall Voraussetzung für Vertrauen; und Vertrauen ist wie erwähnt die Voraussetzung für eine gewichtige Rolle auf einem lukrativen Finanzplatz. Wollten sie diese Rolle spielen, so mussten die Schweizer Banken auch den ungeschriebenen amerikanischen Regeln nachleben. Es war in dieser Betrachtungsweise nur konsequent, wenn sich Eizenstat als missverstande-

ner Fürsprecher der Schweizer verstand: Er wollte ihnen den Weg weisen, damit sie ihre mentalen Barrieren (die er im Kern nicht verstand) abbauen und sich durch eine Zahlung wieder als integrierender Bestandteil in die – wohl etwas vorschnell mit Amerika identifizierte – abendländische Wertegemeinschaft einfügen konnten. Und es muss vor diesem Hintergrund nachdenklich stimmen, wer im Jahr 2004 als zum Teil fast verbissener Kritiker der Schweiz oder zumindest ihrer Banken noch dasteht: nicht die lauten und wenig selbstlosen Skandalisierer von D'Amato und Burg über Bronfman und Singer zu Fagan, Hevesi und Hausfeld; sondern Korman, der Richter, der bis zum Settlement keine Voreingenommenheit gegen die Schweizer empfand; Volcker, der Nestlé-Verwaltungsrat, der seinen Schweizer Freunden zuliebe die Leitung des ICEP übernommen hatte und stets gegen die Sammelkläger angetreten war; Bradfield, den die Vertreter der WJRO im Volcker-Komitee wegen seiner anfänglichen Schweizfreundlichkeit zum Rücktritt aufgefordert hatten; Neuborne, der Sachlichste unter den Klägeranwälten, der sich von seinen Idealen motiviert *pro bono* dem Anliegen widmete.⁵⁰⁷

Es ging also keineswegs «nur» ums Geld. Das Geld symbolisierte viel mehr als die Kaufkraft, die den Schweizer Banken entzogen und Überlebenden, Erben und – zu einem vergleichsweise kleinen Teil – Anwälten überantwortet wurde. Die Globallösung drückte die bedingte Bereitschaft der Schweizer aus, aufgrund derselben rechtlichen *und* moralischen Regeln in den Vereinigten Staaten zu funktionieren, wie sie auch für Amerikaner galten. Die Geldzahlung brachte zum Ausdruck, dass man eine gemeinsame juristische, politische und moralische Basis gefunden hatte. Es ging nicht darum, das unermessliche Leiden im Holocaust oder eine schweizerische Mitschuld daran in Franken zu bemessen; genauso wenig wie nach einem tödlichen Unfall die Busse für einen betrunkenen Autofahrer dazu dienen kann, das Leiden von Angehörigen zu mildern, den «Wert» des Unfallopfers zu berechnen oder es wieder zum Leben zu erwecken. Es geht in solchen Fällen darum, den gestörten Rechtsfrieden und dadurch die Rechtsgemeinschaft wieder herzustellen – oder eine solche Gemeinschaft überhaupt erst zu schaffen. Die Schweiz, wenigstens partiell durch ihren Bankensektor und auch dies nur widerwillig, fügte sich der von der Administration Clinton propagierten universellen Moral und sprach eine Entschädigung für Reichtumsunterschiede, die in historischem Unrecht begründet schienen: hier der verunmöglichte «pursuit of happiness» der Holocaust-Überlebenden, dort der Reichtum eines Landes, das sich aus dem Kampf gegen den Holocaust herausgehalten hatte. Damit traf der Konflikt den Kern von Selbst- und Fremdbild: Verdankte die Schweiz ihren Reichtum eigenen Leistungen oder einer schlaumeierischen Schmarotzerrolle im Windschatten der Weltpolitik? blieb sie wegen ihrer Wehrbereitschaft im Krieg verschont – oder als Kollaborateurin? Beruhte ihr Wirtschaftswunder nach 1945 auf Fleiss und Geschick – oder auf veruntreuten Milliarden? Ver-

dankte das kleine Land seinen wichtigen Finanzplatz eigenen Fähigkeiten oder bloss dem wettbewerbsverzerrenden regulatorischen Vorteil des Bankgeheimnisses? In solchen sowohl historischen als auch grundsätzlichen Fragen kondensierte sich die Weltkriegsdebatte, und deshalb traf sie die Essenz dessen, was Schweizersein auch noch im 21. Jahrhundert bedeutete.

Eine finanzielle Busse war nicht nur im Sinne von Elazar Barkans «moral economy of restitution» gefordert, sondern bei einem Eigentumsdelikt, und darum handelte es sich in der Wahrnehmung der Weltöffentlichkeit, ohnehin die naheliegende Sanktion. Wie sonst – ausser mit der Inhaftierung von zum Teil ja längst verstorbenen Bankverantwortlichen – konnte man Strafe und (erhoffte) Reue zum Ausdruck bringen? Was sonst, um die Begründung des Bundesgerichts für die Parteienentschädigung im Fall Spring zu zitieren, konnte man tun, um «der menschlichen Tragik nicht nur in Worten Rechnung zu tragen»? Wodurch sonst sollte man dem einst Geschädigten Respekt bezeugen und ihn als ehrwürdiges, gleichberechtigtes Mitglied in ein und derselben Gesellschaft anerkennen? Wie, um es auf der systemtheoretischen Ebene zu formulieren, konnte das Chaos bei der Evolution neuer universeller Spielregeln restabilisiert, über Vertrauen in den schweizerischen Geschäftspartner Zuversicht und Erwartungssicherheit in einem globalen Wirtschaftssystem erzeugt werden, wenn nicht durch eine Busse in der weltweit konvertiblen Hauptwährung; und zwar eine Busse, die gerade nicht juristisch oder ökonomisch geschuldet war, sondern moralisch – und mit deren (zähneknirschender) Begleichung die Schweizer in Amerika wenigstens die Hoffnung wecken konnten, man bewege sich nun endlich vor demselben Wertheorizont?

Eine Alternative hätte es gegeben, und sie hätte zumindest zu einem frühen Zeitpunkt gewiss stark strafmildernd gewirkt, da sie dasselbe bedeutet hätte wie später die Geldzahlung: die demütige Geste der Entschuldigung, das unumwundene Eingeständnis, nicht nur aus der Not heraus, sondern aus eigener Unzulänglichkeit Fehler gemacht zu haben, die empathische Teilnahme an der jüdischen Erinnerung sowie die Selbstverpflichtung, daraus Konsequenzen zu ziehen. Es gab Ansätze zu einer solchen Entschuldigung: Villiger, Koller, Krayen. Aber es waren stets Äusserungen, die sich an ein schweizerisches Publikum richteten und auf dessen Betroffenheit Rücksicht zu nehmen hatten. Nach ausführlichen Referenzen an den Widerstandsgeist der Aktivdienstgeneration folgte – widerwillig, relativierend, im Falle Villigers noch nachträglich eingeschränkt – ein vergleichsweise kurzer Verweis darauf, dass man nicht nur Leistungen erbracht, sondern auch Schuld auf sich geladen hatte. Es sprach in erster Linie das Selbstmitleid, dass ein Land in verfluchten Zeiten seiner humanitären Mission untreu geworden war – und nicht das Mitleid mit denen, die man im Stich gelassen hatte. Eine echte Entschuldigung hätte darin bestanden, sich vor CNN-Kameras hinzustellen und zu sagen: «We deeply regret that our ancestors abandoned the Jewish

people at a time when they were most in need of help and support. The memory of what occurred will guide us as we make our contribution to ensuring that a catastrophe of this magnitude will never happen again.» Genau das tat jeweils Clinton bei den erwähnten Entschuldigungsritualen, die ihn bezeichnenderweise kaum Geld kosteten und die er bei Bronfmans Galaempfang am 11. September 2000 Revue passieren liess: «In forcing the world to face up to an ugly past, we help shape a more honorable future. I am honored to have been part of this endeavor, and I have tried to learn its lesson. Within our country, I have been to Native American reservations and acknowledged that the treaties we signed were neither fair nor honorably kept in many cases. I went to Africa ... and acknowledged the responsibility of the United States in buying people into slavery. This is a hard business, struggling to find our core of humanity.» In diesen Kanon hatten sie alle in bezug auf den Zweiten Weltkrieg und die Judenverfolgung eingestimmt, nach 1989 und zumeist ohne Kostenfolgen: Ukrainer, Litauer und Letten, Ungarn und Kroaten, Niederländer, Belgier und Briten, Schweden und Norweger, im Jahr 2000 sogar der Papst.⁵⁰⁸

Eine solche Entschuldigung wäre also auch für die Schweiz ein Rekurs gewesen, nicht auf das generalisierte Kommunikationsmedium der Wirtschaft, nämlich auf das Geld, sondern auf dasjenige der Moral: die uneingeschränkt anerkennende Achtung des Anderen. Vor allem dem WJC lag viel daran, dass die jüdische Erinnerung von anderen Völkern aufgenommen und spirituell geteilt wurde. Das sollte eine Basis für die Zukunft abgeben, für ein sicheres Weiterleben sowohl der durch ihre Erinnerung zusammengehaltenen Juden als auch der verschiedenen Staatsvölker, welche die mahnende Erinnerung an ein Schicksal verinnerlichen sollten, das jedem von ihnen nun drohen konnte, da sie in einer Weltgesellschaft alle ausnahmslos zu ethnischen Minderheiten wurden. Singer berief sich für sein Anliegen auf Elie Wiesel: «Importantly, we all recognize that Holocaust restitution is not about money – it is about truth, a measure of justice, and above all about, as Elie Wiesel states, «it is about conscience, morality and memory.» It is about achieving a measure of justice in the lifetime of survivors and heirs.» Zu dieser – den Opfern – gerechten Erinnerung trugen die Schweizer durchaus, wenn auch spät und wenig begeistert, symbolisch bei: Die in den 90er Jahren vom Bundesarchiv aufgenommene Kooperation mit Yad Vashem half ebenso wie die SBVG, welche die Digitalisierung der dort liegenden Namenslisten mitfinanzierte, beim jüdischen Bemühen, die Ermordeten und die Ermordung in der Erinnerung zu behalten. Damit wurde gleichsam eine Teilkompensation geleistet für die getilgte Erinnerung an abgewiesene Flüchtlinge, nachdem bei der eidgenössischen Polizeiabteilung vermutlich 1956 die Rückweisungsregistratur und grosse Teile der zentralen Flüchtlingskartothek unter nicht genau geklärten Umständen vernichtet worden waren.⁵⁰⁹

Wenn sich die Schweizer ausserdem nicht nur zu einer Geldzahlung herbeigelassen hätten, die viele von ihnen als Erpressung abtaten und damit entwerteten, sondern durch eine Entschuldigung auch dazu, den Holocaust als verbindenden und verbindlichen Erinnerungsort der Weltgesellschaft anzuerkennen, so wäre das tatsächlich eine «moral victory» des WJC gewesen. Gerade deshalb verbot der Stolz auf die eigene Geschichte, auf die eigene Leistung, auf den weiterhin aktuellen Sonderweg den federführenden und vielen anderen Schweizern eine solche Geste, da sie den moralischen Sieg der Gegner als – neben der «Gelderpressung» – zusätzliche eigene Demütigung empfunden hätten. Bei der Abwehr dagegen ging es auch auf schweizerischer Seite durchaus moralisch um die Achtung, um die Selbstachtung und Würde, um die Substanz dessen, was man als schweizerisch empfand – Rainer Guts Weigerung, einen Entschuldigungsbrief an Singer zu unterschreiben, war in dieser Hinsicht symptomatisch, zumal gerade der WJC-Generalsekretär ausdrücklich davon gesprochen hatte, widerspenstige Länder würden «publicly attacked and humiliated». Durch viel Geld eine Basis für gemeinsames Wirtschaften mit den Amerikanern schaffen, das ging noch hin; aber durch eine Entschuldigung sich in die Reihe der antisemitischen Tätervölker des Zweiten Weltkriegs einfügen und gleichzeitig, durch dieselbe Entschuldigung, das Verhältnis zum Opfervolk der Juden auf eine neue Basis stellen – das war zuviel verlangt. Denn Entschuldigungsrituale schaffen Gemeinsamkeiten der Wertvorstellungen, auf deren Basis erst supranationale Institutionen errichtet werden können. Wo noch kein Weltgericht Bussen und Strafen verfügt, wo man den nationalen juristischen Imperialismen mit Grund misstraut, wo aber auch nicht mehr das Faustrecht der Ehre gilt, da sind Gesten der Demut, Absagen an den nationalen Stolz der Weg, um Rache- und Hassgefühle von Opfern nachträglich wenigstens aufzufangen und eine Form des Zusammenlebens zu finden, was in einer zusammenrückenden Welt ohne isolierte Inseln unumgänglich wird. Geteilte Erinnerung ist die Voraussetzung dafür, dass vergangenes Unrecht im doppelten Sinn «aufgehoben», das heisst nicht länger als sanktionsbedürftig empfunden wird, aber zugleich im Gedächtnis bewahrt bleibt.

Die Echtheit solcher Empathie wird bemessen durch substantielle Geldzahlungen und durch Schuldeingeständnisse von Tätern. Diese waren für Patrioten und Nationalisten wie Delamuraz schmerzhaft, die Auschwitz von der Schweiz, wenn sie denn souverän bleiben sollte, wegrücken wollten; einmal – nämlich bei Schang Hutters Shoah-Plastik – geschah dies sogar im eigentlichen Sinn des Wortes. In etwas pathetischer Selbstüberschätzung vertrat Adolf Muschg die Gegenposition dazu: «Wir haben an der Tötung eines Volkes mitgewirkt». Etwas differenzierter urteilte die UEK über die damaligen schweizerischen Beamten: Sie trugen «– ob sie es beabsichtigten oder nicht – dazu bei, dass das NS-Regime seine Ziele erreichen konnte». Das waren die Positionen, zwischen denen sich die

Schweizer wiederzufinden hatten. Um das Verschulden präzise zu fassen, kam es bei solchen Sätzen auf jedes Wort und jede Nuance an, und entsprechend umstritten waren sie. Doch letztlich waren diese Wortklaubereien ein ebenso aussichtsloses und kleinliches Ringen um historische «Wahrheit» wie die Revisionsbemühungen der Banken oder die polemischen Streitigkeiten bei der Berechnung, wie viele Flüchtlinge nun tatsächlich abgewiesen worden waren. Man muss die Vergangenheit nicht präzise wissen, sondern sich ihr stellen, um die Herausforderungen der Zukunft in einem internationalen Wertekonsens angehen zu können. Die richtige Lösung zwischen den Extremen Muschg und Delamuraz wäre nicht so schwierig gewesen: die Entschuldigung für eine Statistenrolle beim Völkermord; nicht mehr – aber auch nicht weniger. Wer in einem solchen Theaterstück mitspielt, mitspielen muss, weil er nicht auf einer Insel, sondern auf einem Kontinent lebt, der wird unvermeidlich mitschuldig. Worin die Mitschuld besteht, muss man und kann man differenziert festhalten; aber die Differenzierung entbindet nicht vom Schuldbewusstsein und von der Schuldanerkennung. Wenn man bedenkt, wie der Bundesrat auf dieser symbolischen Ebene auch nach dem Flugzeugabsturz von Überlingen versagt hat, der durch eine Schweizer Institution zu verantworten ist, so darf man sich fragen, ob hierzulande aus einem überlebten Unfehlbarkeitsgefühl und aus Angst vor Verantwortung und finanziellen Konsequenzen elementare Regeln internationalen Anstands ignoriert werden.⁵¹⁰

In der unterschiedlichen Bereitschaft, den Erfordernissen einer gewandelten, globalisierten Umwelt nachzukommen, manifestierte sich die unterschiedliche Integration von schweizerischen Funktionssystemen in übernationale Kommunikationszusammenhänge: Die Wissenschaftler der UEK hatten – wie bei Individualisten nicht anders zu erwarten – Mühe bei der kollektiven Formulierung einer Synthese, aber die Fronten verliefen nicht zwischen schweizerischen und ausländischen Experten: Der Wechsel von einer nationalen, hitlerzentrierten zu einer internationalen, Holocaust-zentrierten Historiographie war im internationalen Vergleich sehr spät erfolgt, doch bei Beginn der Arbeiten zumindest für die Kommissionsmitglieder bereits gesetzt. Allerdings verriet die gar nicht richtig bewusste Gewichtung bei Themen der wirtschaftlichen Kooperation (Clearing, Rüstungsexporte, Alpentransit), wie die – bei aller kritischen Revision – nationale Denktradition «Anpassung oder Widerstand» die Forschungstätigkeit auch der UEK stärker prägte als etwa das Konzept eines multilateralen Raubzugs gegen Europas Juden. Bei den Juristen hingen die Reaktionen stark davon ab, welche Kommunikationsnetze sie gewohnt waren: Die schweizerischen Anwälte in den Sammelklagen, die das amerikanische Rechtssystem kannten, hatten kaum Schwierigkeiten, sich dessen Logik anzueignen, selbst wenn sie die inhaltliche Argumentation ihrer Kontrahenten keineswegs überzeugte; dagegen ver-

folgten die Rechtsdienste der Banken mit Bangen und Abscheu, wie von aussen und innen Breschen in die nationale Kodifikation geschlagen wurden. Auch die im schweizerischen Milizsystem sozialisierten Bankenvertreter der älteren Generation dachten in einem nationalen Bezugsrahmen, gerade hinsichtlich des Rechts, aber auch hinsichtlich gewisser Werte (Hierarchien, Vaterlandsliebe, Autonomie, Selbstdisziplin), während sich ihre jüngeren Nachfolger – mit langen Erfahrungen im englischsprachigen Ausland – aus Kostengründen widerwillig, aber ohne patriotische Skrupel der pragmatischen Position ihrer amerikanischen Mitarbeiter und Anwälte anschliessen konnten, zumal die ökonomische Logik dank den erwarteten Gewinnen auf dem amerikanischen Markt eine eindeutige Sprache sprach. Die Medien operierten einerseits in einem internationalen Referenzsystem, in dem um aufsehenerregende News gerungen wurde, mussten aber ihren Stoff bei einer nationalen Leserschaft absetzen, weshalb sie zuerst – auch dank ihrer bildungsbedingten und oft politischen Offenheit für eine kritische Geschichtsschreibung im Gefolge Meienbergs – bei den Enthüllungen und Kritiken mitmachten, später aber die konservative Wende im Publikum ebenfalls nachvollzogen oder sogar meinungsbildend mitprägten. In dieser Hinsicht standen ihnen die Schweizer Parlamentarier nahe, die sich zuerst für das Thema nicht interessierten, es dann parteiübergreifend «endgültig» abklären lassen wollten, um sich bald einmal zu polarisieren, wobei die über die Bürgerlichen hinausgreifende Ablehnungsfront die öffentliche Meinung dominierte. Die Parlamentarier mussten ihre (Wieder-)Wahl im Kopf behalten, die vergangenheitspolitischen Kontrahenten wie Nabholz und Blocher mit guten Resultaten gelang, anderen wie Jean Ziegler und Sigmund Widmer jedoch missriet. Der Bundesrat musste sich zwar keiner bedrohlichen Bestätigungswahl stellen, agierte aber im schweizerischen Konkordanzmodell von Anfang an äusserst vorsichtig, um keine innergouvernementalen und innenpolitischen Gräben auszuheben oder diese nicht weiter zu vertiefen; angesichts der Stimmung in der Heimat unterliess die Landesregierung grössere internationale Initiativen und ignorierte auch den amerikanischen Druck insgesamt erfolgreich.

Wenn man die Weltkriegsdebatte als einen mentalen Anpassungsprozess und eine Ausdifferenzierung von zuvor relativ homogenen nationalen Funktionseliten deutet, die in den verschiedenen gesellschaftlichen Teilsystemen mit ihren spezifischen Komplexitätsreduktionen in unterschiedlicher Geschwindigkeit ablief, dann bedeutet das nicht unbedingt, dass die Ausbildung der Weltgesellschaft und dazu gehöriger supranationaler Rechts- und vielleicht auch einmal Staatsstrukturen zwangsläufig und unumkehrbar ist. Auch über die Wünschbarkeit dieser Entwicklung ist damit noch nichts gesagt. Aber für die 1990er Jahre, grob die Zeit zwischen dem Mauerfall und dem 11. September 2001, lässt sich wohl jetzt schon festhalten, dass es sich um eine Phase handelte, in der man und

insbesondere die Administration Clinton intensiv nach einem amerikanisch geprägten, aber multilateral verankerten Normenfundament für eine globalisierte Welt suchte, mit der man als Herausforderung und Chance unvermittelt konfrontiert war. Offen bleiben muss nicht nur, ob diese Entwicklung weiterführt, sondern auch, ob eine allfällige Fortsetzung eher auf eine mit universellen Werten begründete amerikanische Hegemonie zuläuft oder auf eine aus demselben Universalismus herauswachsende «Weltdemokratie». Mit beiden Fällen wäre ein neutraler Nationalismus nicht zu vereinen, wie er in einer Anarchie von Nationalstaaten während gut drei Jahrhunderten die goldene Brücke durch die Weltgeschichte dargestellt haben könnte.

Die Neutralitätspolitik hat auch schon früher Renaissanceen erlebt, und es lässt sich nicht ausschliessen, dass sie – etwa in einem Zeitalter eines amerikanisch-europäischen Gegensatzes – nicht wieder mit Erfolg belebt würde. Klar ist indessen, dass die Neutralität und der kleinstaatliche Partikularismus in den 1990er Jahren eine Krise erlebten, die als Weltkriegsdebatte der Weltgesellschaft vorgeführt wurde und über einen Skandal zur Entwicklung eines Normenfundaments beitrug, das in Menschenrechtsfragen über das herkömmliche Gewaltverbot des Völkerrechts hinauswies. Die verweigerte Übernahme der universalisierten jüdischen Erinnerung hat mit anderen aktuellen aussenpolitischen Konflikten der Schweiz vorgeführt, dass der Versuch aussichtslos ist, im Vertrauen auf überlebte Souveränitätskonzepte von marginalen Positionen aus eigene Geschichtsbilder, Werte und Spielregeln in die sich über Kontroversen konstituierende Weltgesellschaft einzubringen, wenn ein Land mehr bleiben will als eine folkloristische Steueroase oder ein historisches Relikt und Zollfreigebiet vom Schlage Andorras. Das bedeutet nicht, dass die Schweiz bedingungslos fremde und insbesondere amerikanische Überzeugungen und Prozeduren übernehmen muss. Vielmehr ist es durchaus nötig, der amerikanischen Weltsicht Alternativen entgegenzustellen – einerseits, weil sie wie jede andere auch ihre eigene Perspektive und damit blinde Flecken hat, andererseits, weil eine Weltordnung Gleich- und Gegengewichte braucht, wenn nicht eine für alle Beteiligten problematische Hegemonie entstehen soll. Dies gilt um so mehr, wenn diese Vormacht, wie es die aktuelle Regierung der USA tut, mit moralischen Rechtfertigungen den eigenen Rechtsstaat ausser Kraft setzt, sobald die eigene Sicherheit betroffen ist. Um weltweit konkurrenzfähig zu sein und überhaupt wahrgenommen zu werden, müssen die notwendigen Deutungsalternativen aber über- und transnational verankert sein, und das heisst im schweizerischen Kontext: europäisch.